

Rede des Landesvorsitzenden Bernhard Suttner beim Landeshauptausschuss der ÖDP in Augsburg, 18.9.2010

Liebe Delegierte, liebe Gäste,

Letzte Sätze zum Nichtrauchererschutz

heute schließen wir mit einem Dank an alle Beteiligten, mit einer Solidaritätserklärung zu unserem Frontmann Sebastian Frankenberger, mit einem organisatorischen Rückblick auf den Verlauf der Sache und mit einer Petition an den Bundestag das Projekt Nichtrauchererschutz ab. Ein letztes Mal möchte ich all denen widersprechen, die von einem „Randproblem“ reden... „ja habt ihr keine anderen Sorgen?“

Freilich gibt es umfassendere Probleme - die Frage des Klimaschutzes, die Frage der Atomkraft, die Frage des Arten- und Biotopschutzes, auch die Frage der mehrheitlich nach wie vor dogmatisch vertretenen verhängnisvollen Wirtschaftsphilosophie vom ewigen Mengenwachstum, gar die Frage der weltweiten Gerechtigkeit bzw. die Frage von Elend, Wassermangel, Bildungsverweigerung und Hunger.

Das alles ist freilich um mehrere Potenzen wichtiger als ein Nichtrauchererschutz in der Gastronomie Bayerns. Aber weil wir uns in unserer gesamten Parteigeschichte um die genannten schwerstwiegenden Fragen stets und intensiv gekümmert haben, haben wir auch das Recht gehabt, eine von den anderen angezettelte (und von diesen deutlich verbockte) Frage aufzugreifen und einer demokratischen Lösung zuzuführen.

Dass nachweislich durch die gefundene Lösung viele tausend Menschen vor schwerem Leid, Krankheit und vorzeitigem Tod bewahrt werden, dass auf diese Weise auch Krankheitskosten gesenkt werden, zeigt, dass die Frage so unwichtig nicht ist. Ich bin froh dass uns dieses Projekt gemeinsam gelungen ist. Und heute schließen wir das Projekt mit einer Nachlese und einer Bundestagspetition ab.

Die anderen, schon genannten Großthemen spitzen sich immer weiter zu. Ihre Bearbeitung wurde von uns niemals vernachlässigt. Sie stehen immer auf der Tagesordnung. Aber sie werden von den Regierungsparteien und von wesentlichen Teilen der Parlamentsopposition nicht so bearbeitet wie es nötig wäre. Leider bekommt man dafür nach wie vor nicht die nötige Zustimmung aus der Bevölkerung.

Die Haupt-Interessens-Gegensätze des 21. Jahrhunderts

Prof. Hans-Joachim Schellnhuber scheint ziemlich verzweifelt zu sein: Am Ende eines Interviews mit dem SPIEGEL hat er vor wenigen Wochen den unrealistischen Vorschlag gemacht, dass 10 % aller Parlamentssitze mit „Ombudsleuten der künftigen Generationen“ besetzt werden sollten. Die gewählten Politiker seien nämlich nicht in der Lage, diese Zukunftsfragen verantwortlich zu bearbeiten; sie stünden unter der Drohung der nächsten Wahl und würden deshalb ausschließlich die Interessen der heute lebenden Menschen vertreten. Da ist was wahres dran, aber die vom Physiker vorgeschlagene Lösung überzeugt den Politikwissenschaftler nicht...

Traditionell leben wir in der politischen Dimension immer in Interessenskämpfen. Bedeutende, lange Zeiträume und viele Gesellschaften prägende Interessenskämpfe zeigen sich in der Moderne etwa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zum Beispiel als Interessensgegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Oberschicht und Unterschicht, zwischen Ballungsräumen und ländlichen Gebieten, zwischen Männern und Frauen, zwischen Einheimischen und Zuwanderern, teilweise auch zwischen religiösen Gruppierungen (man denke an Bismarcks Kulturkampf gegen die Katholiken, die damals von der herrschenden nordeutsch-protestantisch-aristokratischen Elite für so etwas wie Al-Quaida oder die fünfte Kolonne Roms gehalten wurden...)

In der heutigen Zeit werden diese traditionellen Interessensgegensätze immer noch gepflegt und sie haben wohl auch noch ihre Berechtigung – man denke an die miserable Bezahlung vieler Zeitarbeitskräfte, fast aller Niedriglöhner und man denke an die Unsitte der befristeten Verträge für fast alle jungen Leute.

Aber die durchaus berechtigte Fortsetzung der tradierten Interessensgegensätze darf nicht dazu führen, die beiden neuen, entscheidenden Gegensätze zu verdrängen und diese nicht zu bearbeiten:

Die künftigen Generationen, deren Mitglieder heute schon geboren werden und in den Armen ihrer Eltern oder in den Kinderkrippen liegen, haben völlig andere Interessen als die heute unsere Lebenswelt gestaltenden Entscheider und deren Auftraggeber: Kinder und Enkelkinder, die künftigen Generationen brauchen ein wenigstens erträgliches Klima – keine Erderwärmung um 6 Grad bis zum Jahrhundertende. Sie brauchen ausreichende Energie- und Rohstoffvorräte – keine ausgeplünderten Lagerstätten garniert mit unsicheren Zwischenlagern für Strahlungsmüll. Sie brauchen einen funktionierenden Wasserkreislauf, fruchtbare Böden und eine Biosphäre- voller genetischer Reichtümer und Schönheiten – keine verwüsteten, entwaldeten und genetisch verarmten Länder und Kontinente !

Der bekannte Physiker Hans-Peter Dürr, Träger des „alternativen Nobelpreises“ und ehemals Leiter eines Max-Planck-Instituts hat unser Wirtschaftssystem in einem unvergleichlich treffenden Bild beschrieben: Wir gleichen einer hoch perfektionierten Panzerknacker-Bande, die mit immer erfolgreicher Methoden die Tresore der Welt öffnen und ausrauben kann. Das „Geschäftsmodell“ dieser Bande hat nur einen Haken: Niemand kümmert sich darum, die Tresore wieder zu füllen...Und: Beim Aufknacken und Ausplündern geschehen immer wieder einmal schwere Unfälle – wie jüngst im Golf von Mexico und schon seit langem im Nigerdelta.

Und der zweite große Interessensgegensatz ist ähnlich dramatisch:

2 Milliarden Menschen haben auch diesen Tag wieder unterhalb der bescheidensten Wohlstands- und Würdevoraussetzungen gelebt.

1 Milliarde davon im absoluten Elend – ohne Zugang zu reinem Wasser, zu ausreichend Nahrung, ohne medizinische Versorgung und ohne Chance auf eine elementare Grundbildung für sich und ihre Kinder.

Schellnhuber und andere sagen: Wer diese beiden Interessensgegensätze zum Thema der Politik machen möchte, wer gar die bekannten Lösungsansätze zur Entschärfung dieser Konflikte konsequent einfordert, der hat heute leider keine Wahlchance. Dennoch ist es Bürgerpflicht, diese gewaltigen Themen nicht zu verdrängen. Wer diese beiden großen Themen nicht verschweigt, wer sie seriös darstellt und für Lösungskonzepte wirbt, der leistet eine sinnvolle Arbeit – jenseits aller Wahlergebnisse.

Der nordamerikanische Schriftsteller Jonathan Franzen ist derzeit in allen Medien, weil er einen weiteren genialen Roman veröffentlicht hat. In einem Interview mit der SZ sagt er über die amerikanische Gesellschaft wörtlich das Folgende:

„ Die Leute stehen derart im Bann ihrer elektronischen Unterhaltung, sind so abgelenkt von digitaler Kommunikation, dass sie jede Fähigkeit verloren haben, Lärm von Substanz zu trennen. Natürlich hat das auch damit zu tun, dass die Probleme der Welt immer unlösbarer erscheinen. Vor zwanzig Jahren musste man sich noch nicht unbedingt Sorgen machen über die globale Erwärmung. Jetzt ist es fast zu spät. Und wenn ein Problem unlösbar erscheint, warum nicht alle für unlösbar erklären und Videospiele machen?“

Und weiter in diesem Interview:

„ Finden sie etwa nicht, dass es um die Welt immer schlechter steht? Denken sie an den Kontinent aus schwimmendem Müll im Pazifik, an die Menge Kohle, die China verbrennt, an den immer verschwenderischen amerikanischen Lebensstil, an den Kollaps der Fischbestände, an die Verdoppelung der Bevölkerung in der Subsahara in den nächsten 20 Jahren. Ich fühle Traurigkeit und Angst, eine angstvolle Traurigkeit.“

gegen Ende des Interviews sagt Jonathan Franzen, dass er gegen diese gefühlte Ohnmacht und gegen die Traurigkeit anspricht mit seinen Romanen: „Die Probleme mit denen wir kämpfen, kann ich so immerhin aussprechen.“

Und wir, die wir keine Bestseller schreiben, machen eigentlich das Gleiche: Wir klären auf. Wir stellen Anträge und formulieren Resolutionen und Petitionen. Wir klagen an und machen Vorschläge für bessere Konzepte und Lösungen.

Und wir praktizieren diese Konzepte und Lösungen ansatzweise in unserer Praxis. Nicht immer perfekt, aber immer konsequenter leben viele von uns nach dem Motto Mahatma Gandhis: „**Du musst selbst zu der Veränderung werden, die du in der Welt sehen willst.**“

Ich nutze jede mit gegebene Gelegenheit, auf einen der jämmerlichsten Vorgänge der letzten 10 Jahre hinzuweisen: Im Jahre 2000 haben 192 Staatschefs feierlich die 8 sog. Millenniumsziele der UN unterschrieben und angekündigt, sie würden diese Ziele bis zum Jahr 2015 gemeinschaftlich erreichen. Danach sollten zum Beispiel jedem Kind auf der Erde die Chance zur Grundschulbildung verschafft werden. Die Anzahl der hungernden Menschen sollte halbiert werden. Der Zugang zu reinem Wasser sollte für immer mehr Menschen eine Selbstverständlichkeit werden. Aids und Malaria sollten gezielt bekämpft werden und dem Schutz der Umwelt sollte überall zum Durchbruch verholfen werden. Man kann sagen, dass heute, 10 Jahre nach diesem Beschluss die Welt ähnlich weit von diesen Zielen entfernt ist wie vor 10 Jahren. Die GMP-Initiative hat errechnet, dass jährlich für die Umsetzung dieser Ziele 100 Milliarden US-Dollar nötig gewesen wären. Als ich diese Zahl damals hörte, bin ich erschrocken. Vor 10 Jahren erschrak man noch vor dreistelligen Millionensummen - ganz zu schweigen von dreistelligen Milliardenbeträgen. Mittlerweile ist das ja nicht mehr so: wir wissen, dass man bestimmte „systemrelevante“ Finanzinstitute oder gerne auch ein ganzes Währungssystem nur mit dreistelligen Milliardenbürgschaften retten kann. Seit wenigen Tagen wissen wir auch aus erster Quelle, dass der zweite Irakkrieg bisher nicht nur elend viele Menschen das Leben gekostet hat, sondern dass für diesen Krieg seitens der USA 1000 Milliarden US-Dollar ausgegeben wurden. Alleine damit hätte man die Millenniumsziele finanzieren können.

Das ist das skandalöse Paradoxon unserer Zeit: Wer eine Billion Dollar für den Kampf gegen das Elend in der Welt fordert, gilt als Träumer und ist auch objektiv ein Illusionist, weil man weiß, dass dieses Geld nicht aufgebracht werden wird. Wer aber über 10 Jahre einen Krieg finanzieren will, an dessen Anfang eine beschämende Lüge stand, der hat offenbar keine Probleme, dieses Geld aufzutreiben.

Anmerkungen zur Staatsverschuldung

Der konsequente Einsatz zum Abbau der Staatsverschuldung ist eine notwendige Voraussetzung für die Stabilisierung der Finanzordnung auf dem Planeten. Es wird aber nicht alleine mit einer Vermeidung von unethischen oder überzogenen Ausgaben abgehen. So wichtig die Reduzierung der Rüstungsausgaben ist, so unverzichtbar der konsequente Verzicht auf staatliche Ausgaben für unsinnige Großprojekte von Stuttgart 21 bis zum Donaustau und zum weiteren Autobahnbau auf neuen Trassen wie im Isental ist, so notwendig an die Reduzierung öffentlicher Verschwendung an tausenden von Einzelpositionen erinnert werden muss - wir werden angesichts der massiven Aufgaben im Inneren wie im Äußeren auch die Einnahmeseite beachten müssen. Die gerechte Besteuerung nicht nur der lebensgefährlichen Energie- und Rohstoffverschwendung sondern auch der Vermögen, der Vermögenserträge und großer Erbschaften ist unvermeidlich. Eine erfreuliche Gruppe von davon betroffenen Personen selbst fordert dies. Alle Achtung!

Ich bin übrigens für eine massive Veränderung beim Soli:

Konkret bin ich dafür, den „Soli“ als „Solidaritätsbeitrag für Bildung, Betreuung und Pflege“ neu zu gestalten. Nicht mehr die sog. Infrastruktur in den Beitrittsländern sondern Sozialstrukturen in allen

Teilen der Bundesrepublik sollten mit dieser Solidarabgabe auf die Einkommensteuer verbessert werden.

Im Jahre 2009 erbrachte der Soli als Aufschlag von bis zu 5.5% auf die Einkommensteuer und auf die Körperschaftsteuer (ab einer Steuersumme von 972 € für Alleinstehende und 1944 € für Verheiratete) insgesamt knapp 12 Milliarden Euro.

Man stelle sich vor, welche Verbesserungen mit diesem Geld Jahr für Jahr in Schulen und Pflegeeinrichtungen für alte Leute, vor allem aber für die Anerkennung der Familienarbeit erreicht werden könnten.

Wir treten auch für eine Schulreform ein, die nicht täglich ein neues System erfindet, sondern die zumindest in Grundschul- und Brennpunktklassen (Pubertät, Hauptschulen mit vielen Migranten!) zwei erwachsene Kräfte arbeiten lässt. Dieses System hat viele Vorteile und würde alle Beteiligten – Eltern – Lehrkräfte – Schülerinnen und Schüler – aufatmen lassen. Es ist keine Utopie sondern in vielen Ländern und in deutschen Reformschulen Realität. Es ist der Zugang zur individuellen Förderung. Es würde die Lehrergesundheit verbessern und die Arbeitskraft erhalten. Nicht zuletzt ließe sich damit auch die Integration von Migranten verbessern. Für die Inclusion der Kinder mit Behinderung in das „normale“ Schulsystem ist die zweite Kraft ohnehin Voraussetzung. Das Geld des Soli wäre hier besser platziert als bei vergoldeten Autobahnen, weiteren Regionalflughäfen und Flusskanalisierungen.

Aber es tut sich ja was im Bereich Steuern: Die Finanztransaktionssteuer wird wenigstens nicht mehr als Unsinn abgetan – ob ich allerdings ihre Einführung noch erlebe, wer weiß? Aber immerhin wir demnächst nach jahrzehntelangem Weigern der Mächtigen die Fliegerei zaghaft besteuert. Und wie zaghaft!

Die Mineralölsteuer für den Autoverkehr beträgt derzeit

65 Cent pro Liter Super

Und 47 Cent pro Liter Diesel

Da kommt aber bekanntlich noch die Mehrwertsteuer drauf, so dass die Mineralölsteuer derzeit pro Liter Benzin 77,35 Cent beträgt.

Bei einem Durchschnittsverbrauch von 7 Litern pro 100 km (das ist leider immer noch nicht der deutsche Flottendurchschnitt... der liegt deutlich höher!) zahlt also der Autonutzer rund 6,50 Euro für die Strecke von 100 km Mineralölsteuer.

Von den Flugzeugnutzer nimmt der Staat ab sofort eine pauschalierte Steuer von

8 Euro für die Kurzstrecke

25 Euro für die Mittelstrecke

Und 45 Euro für die Langstrecke.

Für 45 Euro Mineralölsteuer kommt also der Autofahrer gerade mal 700 km. Mit dem Flugzeug kann man für den gleichen Steuerbeitrag eine Weltreise buchen.

Wir haben immer die Anwendung der Mineralölsteuer auf den Flugverkehr gefordert. Dabei bleibt es. Was die heutige Bundesregierung macht, ist lächerlich: Diese Pauschalsteuer ist wie die Tabaksteuer oder die Alkoholsteuer so konstruiert, dass der Finanzminister etwas einnimmt, aber das Verhalten der Konsumenten sich nicht allzu sehr ändert.

Die Verhaltensänderung wäre hier aber viel wichtiger als die Staatseinnahme.

Hätten die künftigen Generationen, unsere Enkel und Urenkel etwas mitzuentcheiden, wage ich die Prognose, dass sie eine drastische Einschränkung des Flugverkehrs verlangen würden. Hier ist symbolhaft zu erleben, ob wir zur echten Nachhaltigkeit bereit sind oder ob wir uns der Illusion einer ökologisch heilen Welt ohne Abstellen der schlimmsten Zivilisationsirrtümer hingeben.

Was uns jetzt von Herrn Schäuble als Verschuldungsabbau verkauft wird, ist aber wirklich ein schäbiges Stück: Zum einen geht es bei den angekündigten Einsparungen von 80 Milliarden in den nächsten 5 Jahren nicht um Abbau der Schulden, sondern nur um eine Reduzierung der Neuverschuldung. Die Gesamtverschuldung nimmt weiter zu! Und was besonders übel ist: Man kürzt fast nur unten, bei den ohnehin Schwachen. Die Sozialverbände verzweifeln zum Beispiel über die beschlossene Streichung der Rentenbeiträge für Langzeitarbeitslose. Damit wird die Altersarmut angeheizt – übrigens auch zum Schaden der Kommunen, welche Menschen ohne Alterssicherung über die Grundsicherung bzw. Sozialhilfe versorgen müssen. Dass man den ärmsten Menschen das Elterngeld streichen wird, ist ebenfalls schon beschlossene Sache und entlarvt diese Lohnersatzleistung endgültig als Irrtum der Familienpolitik. Die Familienpolitik dieser Regierung schreit zum Himmel. Hier ist Widerstand verpflichtend, weil es um mehr geht als um Geld: Um Kinder zu begleiten und zu stärken und lebensbejahenden Menschen zu erziehen ist Zeit und Zuwendung nötig. Was man aber seit Jahren unter dem falschen Namen „Familienpolitik“ zu organisieren versucht, ist Arbeitsmarktpolitik, staatlich geförderter negativer Stress weil die Familienphase auf 14 Monate beschränkt wird. Diese Politik ist eine Politik für die Interessen der Arbeitgeber - garniert mit salonlinken Selbstverwirklichungsfloskeln aus den 70er Jahren, die mittlerweile reichlich verspätet auch in der CSU vorgetragen werden.. An die Kinder und an deren Bedürfnisse wird nicht gedacht. Kinder brauchen natürlich ab einer gewissen Entwicklungsstufe Gruppen und Erfahrung mit gleichaltrigen und gemischt-altrigen Kindergruppen. In den ersten zwei bis drei Jahren brauchen sie aber enge Bindungsmöglichkeiten an vertraute Welten und vertraute Erwachsene. Den Schichtdienst von häufig wechselnden Halbtagskräften in zu großen KiTa-Gruppen brauchen sie nicht. Wir sind die einzigen in der demokratischen Landschaft, die sich auf diese wichtige Tatsache hinzuweisen trauen.

2/3 der alten und betreuungsbedürftigen Menschen werden auch heute noch im Kontext von Familie begleitet und gepflegt. Ebenso werden nach wie vor weit mehr als 2/3 der Kinder in den ersten drei Lebensjahren im familiären Kontext begleitet und erzogen (übrigens nur im absoluten Ausnahmefall vernachlässigt, in der Regel aber ordentlich versorgt und altersgemäß gefördert was in den ersten Jahren vor allem heißt: geliebt, umsorgt, getröstet und am Leben der Eltern partizipierend). Nicht der Staat oder Institutionen sind für die Menschen im Alter und in der Kindheit erste Wahl. Nein: Es sind die familiären Strukturen, die von den Menschen nach wie vor bevorzugt werden. Und zwar ganz zu Recht! Obwohl eine Zeitgeist-Welle ohne Gleichen einen ganz anderen Eindruck erwecken möchte, ist die Familie auch für die ganz junge Generation die Garantin von Sicherheit, Wohlfühl, Glück und Orientierung.

Zudem: Gäbe es die familiäre Leistungen nicht mehr, würden alle Betreuungs-, Erziehungs- und Pflegeaufgabe an die Institutionen abgegeben, an Kitas, Ganztagschulen und Pflegeeinrichtungen, dann wären die Staatsfinanzen ganz und gar im Graben – ganz zu schweigen davon, dass das für eine gute Leistung nötige Personal nicht zur Verfügung steht.

Wir sind deshalb gut beraten, den Wert der Familie in Erziehung, liebevoller Begleitung und menschenwürdiger Pflege von alten und ganz jungen Menschen hoch zu halten und die Wertschätzung dieser Arbeit einzufordern. Das ist mittlerweile eines unserer wertvollsten Alleinstellungsmerkmale in der Parteienlandschaft. Und wenn derzeit wieder so viele anmerken, dass in der Gesellschaft und ganz besonders in den Unionsparteien niemand mehr den Begriff „konservativ“ inhaltlich füllen könne, dann sage ich:

Konservativ ist es, den Planeten Erde als unseren Lebensraum zu bewahren und zu schützen.

Konservativ ist es, den Wert der christlichen Nächstenliebe weltweit in Gerechtigkeitspolitik umzusetzen und die Millenniumsziele mit einem globalen Marshall-Plan ernsthaft anzusteuern, ernsthafter als die Sicherung der Kapitalrendite von Zockerbanken.

Und konservativ ist es, die Leistung der Familie anzuerkennen, zu schätzen und zu würdigen – auch finanziell.

Zu einer derart bewahrenden Politik ist die Union in allen genannten Bereichen nicht bereit. Die Roten und die Grünen sind es in Sachen Familie nicht; sie predigen den Zeitgeist der institutionalisierten Betreuung ab der Geburt – übrigens gegen die Ergebnisse der wissenschaftlichen Bindungsfor- schung. Die Gelben versagen in allen genannten Bereichen. Die sogenannten „Freien“ wissen be- kanntlich nicht was sie wollen; von ihnen hört man alles – das eine und gerne auch sein Gegenteil.

Wir sollten in dieser Hinsicht - bei der Bewahrung des Planeten, bei der Einforderung eines Globalen Marshallplans und bei der Wertschätzung der Familienleistungen in Pflege und Erziehung - eindeutig und klar, ja im besten Sinne auch radikal sein.

Und immer wieder: Das Atomkraftrisiko

Der deprimierende Politikverlauf zwingt uns heute leider dazu, uns erneut zur Atomfrage zu äußern. Leider wurden unsere Befürchtungen in schlimmster Weise bestätigt: Kaum jemand wollte uns sei- nerzeit hören, als wir in den Jubel der grün dominierten offiziellen Umweltbewegung über den angeb- lich stattfindenden Atomausstieg nicht einstimmen wollten. Die seinerzeitigen Feiern haben nur dazu geführt, die Anti-Atombewegung einzuschläfern und das angeblich abgehakte Thema ein paar „chro- nischen Miesmachern“ zu überlassen, die sich weigerten, den Champagner zu öffnen.

Deshalb hier nochmals ein grundsätzlicher Blick auf das Problem:

Die Fakten sprechen eine deutliche Sprache: Weniger als 3 Prozent des weltweiten heutigen Ener- gieverbrauchs der Menschheit liefert die Atomkernspaltung. Und diese 3 Prozent beschäftigen uns in einer Weise, dass es nur noch absurd ist. Diese 3 Prozent belasten unsere Nachkommen mindestens für die nächsten 150 000 Jahre mit Strahlungsmüll höchst gefährlicher Art. Jahr für Jahr erzeugen die deutschen AKW rund 400 Tonnen hochradioaktiven Müll. Sie belasten uns alle, weil jedes Atom- kraftwerk mehr oder weniger die Voraussetzung für den Bau von Atomwaffen ist. Diese 3 % erfor- dern einen Technikstandard, den niemand garantieren kann. Sie erfordern das absolute (!) Ausblei- ben von großen naturbedingten (Erdbeben) oder zivilisatorischen Katastrophen (Kriege, Anschläge, Staatszusammenbrüche).

Freilich: In Deutschland liefert die Atomkernspaltung heute 11,5 % der angeblich benötigten Energie. Das ist mehr als 3% aber immer noch eine Größenordnung, deren Einsparung kein unlösbares Prob- lem darstellt.

Statt die angeblich unvermeidliche Fortsetzung des tödlichen Risikos zu organisieren und so neben- bei vier Konzernen einen Zusatzgewinn von mehr als 100 Milliarden Euro zuzuschustern, sollte sich unserer Kanzlerin einmal vor die Kameras stellen, und das Einsparziel 11,5% für die nächsten drei Jahre ausgeben. Mit einem verschärften System nach dem Modell des Basler Ökobonus – davon bin ich überzeugt – ginge das sehr flott. Wer die Einsparungslösung nicht möchte, könnte immerhin von einer Million kleiner Kraft-Wärme-Hausanlagen schwärmen...

Warum müssen wir angeblich über „die Atom-Brücke“ gehen, die uns im schlimmsten Fall sprichwört- lich „über den Jordan“ gehen lässt?

Die großen vier, das Energie-Oligopol, das sich angeblich beliebig viele Ex- Politiker (von Clemens über Schily bis hin zu Fischer) kaufen kann (über Fischer hat der Chef von RWE Großmann jüngst in der ZEIT genau das gesagt:“ den habe ich mir auch gekauft...“) – dieses Kartell braucht die Brücke

– nicht wir, die Bürger! Die großen Vier der Atomkraft haben nämlich den Megatrend der erneuerbaren Energien verschlafen. Die rasche Dynamik der dezentralen neuen Energieerzeugung wurde von den Konzernen unterschätzt. Jetzt droht die Erledigung des Oligopols und die erfreuliche Vervielfältigung der Kraftwerkslandschaft. Die Milliardenströme der Stromerträge beginnen sich aus unzähligen kleinen Verbraucher-Kassen in ebenfalls unzählige kleine Erzeuger-Kassen zu verteilen. Das passt den großen Herrschaften nicht. Das ist der einzige Grund für die Fortsetzung der Atomgefahr: Das von E-on, RWE, EnBW und Vattenfall verschlafene Jahrzehnt muss nachgeholt werden. Um den Siegeszug des dezentralen Nicht-Oligopols aufzuhalten, muss die Basis des Oligopols gestärkt werden. Es handelt sich nicht um eine Brücke; der Strommarkt soll verbunkert werden. Man will ihm einen riesigen Klotz ans Bein bzw. an die Flügel binden!

Leider muss in diesem Atom-Desaster auch auf das Versagen der damaligen rot-grünen Regierung hingewiesen werden: Die Lage im Jahr 2000 war bekanntlich für die Stromkonzerne nicht leicht: Die ständigen Castortransporte zu den französischen und britischen Aufbereitungsanlagen und anschließend nach Gorleben waren nicht nur lästige Imagekiller; in Frankreich und Großbritannien zeichnete sich ein Ende der Bereitschaft ab, den deutschen Müll relativ billig zu verwahren und aufzubereiten. Die Anti-Atombewegung war wirksam. Die Forderung nach voller Haftpflicht wurde immer heftiger. Das lukrative Geschäft mit den Rücklagen für die ungelöste Endlagerung wurde immer intensiver kritisiert. Die Diskussion über Terroranschläge auf kaum gesicherte AKW kam dazu. Das Atomgesetz verlangte einen „gesicherten Entsorgungsnachweis“. Der Betrieb der AKW war ernstlich in Gefahr; die Verstopfung des Abfallweges zeichnete sich ab – und damit die juristische Katastrophe für die Atomkraft. Die Konzerne standen eigentlich mit dem Rücken zur Wand. Irgendjemandem fiel damals das Projekt „Atomkonsens“ ein: Die rot-grüne Bundesregierung bekommt ein signalhaftes Erfolgserlebnis, die Atomwirtschaft bekommt die Möglichkeit zum Weiterbetrieb der Atomkraftwerke. Man muss ganz nüchtern sagen: Der Atomausstieg wäre damals von alleine gekommen, wenn niemand etwas geändert hätte! Die rot-grüne Regierung hat in den Verhandlungen den Bau und den Betrieb von 12 zusätzlichen „Zwischenlagern“ zur Aufbewahrung der Castoren für die nächsten 40 Jahre „verlangt“. Diesem Verlangen haben die Konzerne „schweren Herzens“ zugestimmt. Schröder, Fischer und Trittin haben dem Atomoligopol die Lösung seines größten Problems geliefert, die volle Haftpflicht erspart und die freie Verwendung der Rücklagen auf dem Kapitalmarkt erlaubt!

Vor allem war durch den Bau der Zwischenlager der drohende Infarkt des Entsorgungsweges vermieden. Die By-pass-Operation war erfolgreich gelungen. Der Patient konnte sein liederliches Leben fortsetzen. Als man die Kapazitäten für die Zwischenlager gewaltig ausweitete, konnte jeder interessierte Mensch bereits ahnen, wohin die Reise ging: Der von den Konzernen angeblich bezahlte Preis der Strommengenbegrenzung – von der rot-grünen Propaganda als „Atomausstieg bis 2023“ hinausposaunt - war von den Konzernen fest zur Rückforderung eingeplant. Am vergangenen Sonntag wurde diese Rückforderung vollzogen: Die Strommengenbegrenzung wurde von Merkel und Co für obsolet erklärt bzw. nochmals massiv ausgeweitet.

Fazit: Wir Atomkraftkritiker sind von rot-grün ebenso beschissen worden wie jetzt von schwarz-gelb. Weder damals noch heute wurde übrigens jemand über den Tisch gezogen. Ich bin davon überzeugt, dass damals wie heute alle auf der gleichen Seite des Tisches saßen... Nicht umsonst galt Kanzler Schröder zu Recht als der „Kanzler der Bosse“. Frau Merkel hat spätestens am Sonntagabend gezeigt, dass sie die passende Nachfolgerin ist und in der Nähe zu den Bossen die Garantin für Kontinuität.

Es fehlt jetzt nur noch – und leider ist davon bereits die Rede, weil eine Passage im neuen Vertrag von einer „zügigen Heranführung der erneuerbaren Energien an den Markt“ spricht - dass der Einspeisevorrang des Stroms aus erneuerbaren Quellen eingeschränkt oder aufgehoben wird. Das wäre dann der totale Sieg der Atom- und Kohle-Konzerne.

Es ist eigentlich Zeit für einen friedlichen Aufstand! Die Revolutionsrede von Frau Merkel vom Montag braucht eine Antwort. Außer dem Oligopol der großen vier und ihrer Verbündeten in FDP und Union plus Clemens, Schily und diversen anderen braucht niemand die 11,5% Atomkraft. Im Gegenteil: Sie hindern den Fortschritt und die Freude am Aufbruch hin in Richtung ökologisch verantwortbarer, moderner Energieversorgung!

Der friedliche Aufstand könnte anders aussehen als bisher. Nichts gegen Transparente und Demonstrationen. Aber noch wichtiger ist die Kündigung der Stromverträge und der Wechsel zu atomstrom-freien Öko-Anbietern. Das ist jetzt Bürgerpflicht. Wir sollten jetzt wirklich alle ernst machen und nicht nur selber wechseln (ich nehme an, dass Sie das alle schon längst getan haben...) sondern überall für den Wechsel werben. Das Ziele wäre: 100 000 Kündigungen in Bayern bis zum Jahresende – das wäre ein spürbares Zeichen, eine wirksame Demonstration!

Zudem muss politisch gehandelt werden: Der Landtag muss sein Recht einfordern, über den Bundesrat mitzuentcheiden. Wo sind die Superföderalisten von der CSU? Wie lange wollen die angeblich atomkritischen Leute in der CSU – von Herrn Göppel bis zum Dirigenten und langjährigen Öko-Mahner Enoch zu Guttenberg, ganz zu schweigen von den Lokalpolitikern aus Landshut, die Isar 1 abschalten wollen – wie lange wollend diese alle den Atomkurs der CSU durch ihre Mitgliedschaft und Beitragszahlung noch stützen?

Der Landtag in seiner heutigen Zusammensetzung beugt sich ohnehin ständig der Staatsregierung. Die Staatsregierung will als Verfassungsorgan beim Atomrisiko-Verlängerungsverfahren nicht mitreden; sonst kann es ihr gar nicht viel genug Bundesratsmitwirkung geben...jetzt auf einmal behauptet man in der Staatskanzlei, dass die Länder nicht mitreden dürfensollenmüssen. Ist es nicht Zeit, an BV 18,3 zu denken – nicht wir als Lastesel-Partei, nein, jetzt muss die Landtagsopposition einmal Farbe bekennen und entscheiden, ob sie angesichts der objektiven Gefahr des atomaren Risikos neue Verhältnisse schaffen will!

Der Antiatomprotest ist eine zutiefst ethische Sache. Jedes friedliche Mittel des Widerstands ist dafür erlaubt und richtig. Vielleicht tut sich ein Initiativkreis in diesem Land zusammen: Wir könnten einen Landtag abwählen, der tatenlos zuschaut, wie das Atomrisiko zum Schaden des Landes und zum Nutzen von vier Großkonzernen verlängert wird.

Scheinheilig sagt Herr Söder überall im Lande, es gehe ihm darum, die bayerischen AKWs am Netz zu halten, um Stromimporte aus Temelin zu verhindern.

Ich bin sehr gespannt, ob Herr Seehofer bei seinem angekündigten Pragbesuch wie von ihm selbst versprochen auch „heikle Themen“ ansprechen wird. Er meinte damit historische Fragen. Wir fordern ihn auf, auch aktuelle heikle Fragen anzusprechen. Tschechien schickt sich an, das Drogenkonsum-Land Nr. 1 zu werden. Der Besitz und der Konsum von Drogen ist stark liberalisiert worden (welche ein absurdes Wort für diesen Vorgang! Wir werden die Folgen zu spüren bekommen. Aber die Nachbarn wollen auch das Temelin-Risiko potenzieren indem sie nicht nur ein Atommüll-Lager für den südlichen Böhmerwald planen sondern auch noch zwei weitere Atomreaktoren. Schauen sie sich die Landkarte an: Bayern wäre dann insgesamt Hochrisiko-Zone: Im Westen Gundremmingen, im Süden Isar 1 und 2 im Norden Grafenrheinfeld im Osten Temelin.

Und wenn die Schwaben Pech haben, dann kommt nach dem Aus für Gorleben der Erkundungstrupp in den Südwesten, um die Tonschichten zu untersuchen, die von der Schweiz als Endlager ausgeguckt wurden. Es sind die gleichen Lagerstätten, die bis ins bayerische Schwaben hineinreichen. So etwas erfinde nicht ich; das ist Stand der Wissenschaft und die Daten finden sich auch in den Akten der Arbeitsgruppe zum Endlager-Problem, welche für die Bundesregierung die Sache aufbereitet.

Zu alle dem und zu einigem anderen arbeiten wir heute hier beim kleinen Parteitag in Augsburg. Ich hoffe auf gute Ergebnisse und danke für die Aufmerksamkeit.